

**Hans Braun**  
**Vorsitzender der Fraktion der Alternative für Deutschland im Stadtrat Heinsberg**

**Rede anlässlich der Debatte zum Haushalt 2024**  
**Ratssitzung am 31.01.2024**

Sehr geehrte Ratskollegen - die Frauen in den Fraktion sind bei dieser Anrede im generischen Maskulinum natürlich mitgemeint und mitangesprochen - sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich habe in meiner ersten Haushaltsrede in dieser Wahlperiode auf die beherrschende Frage der ersten Kandidatur Ronald Reagans für das Präsidentenamt in den USA hingewiesen.

Dieses lautete: "Ihr Bürger solltet Euch fragen: Geht es Euch heute besser als vor vier Jahren, als der noch amtierende Präsident ins Amt gekommen ist?"

So sollten auch wir - als Vertreter der Bürger aus Heinsberg gegenüber der Verwaltung - fragen, geht es unseren Wählern besser, als vor 4 Jahren, als diese Wahlperiode begonnen hat?

Wenn man diese Frage beantworten will, darf man natürlich nicht nur auf die Handlungen und Entscheidungen sehen, die in die kommunale Verantwortung fallen.

Bundes- und Landespolitik haben einen beherrschenden Einfluss auf die Bewegungsspielräume, die auf kommunaler Ebene den Bürgermeistern und Verwaltungen bleiben -

und die Handlungsmöglichkeiten vor Ort, um die steht es nicht zum Besten.

Ich fand es insofern bemerkenswert, dass unser Landrat sehr direkt bei der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2024 angesprochen hat, wie sehr die Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene dadurch erodieren und

beschränkt bleiben, dass die Städte und Gemeinden und auch die Kreise **strukturell unterfinanziert** sind.

Und Land und Bund dadurch verdeckt das Handeln der kommunalen Ebene dadurch kontrollieren und vorherbestimmen, dass sie "Zuschüsse" z.B. über Landesprogramme zukommen lassen und dadurch für bzw. auf vor Ort fragwürdige oder nicht so drängende Maßnahmen einen Druck ausüben, Dinge zu tun, die man kaum oder zumindest nicht prioritär in Angriff genommen hätte, hätte man sie selbst zu 100 Prozent finanzieren müssen.

Ich verweise auf den TOP "Mitteilungen des Bürgermeisters" der Ratssitzungen, der zumeist inhaltlich darin besteht, dass er berichtet, auf welche Förderung der Landesministerien sich die Stadt beworben hat und Monate später, ob das Wohlwollen der Landesregierung unsere Bewerbung huldvoll mit ein paar Hunderttausend Euro zu bedenken gedacht hat.

Bei dieser Gesamtlage der Kommunen in NRW kommt es deshalb doch nicht von Ungefähr, dass vor Wochenfrist ein CDU-Bürgermeister und vier seiner sozialdemokratischen Amtskollegen aus NRW an die Öffentlichkeit gegangen sind und genau diesen Missstand der seit Jahren andauernden und verschleppten Unterfinanzierung lauthals beklagen.

In diese Kategorie gehobener Verschwendung und nur scheinlogischer Investitionsentscheidung gehört auch das "FutureSite inWest".

Gedacht als Trostpflaster für die Aufopferung braunkohlegestützter Energiesicherheit.

Niemand im Kreis wollte über Jahre dieses Gewerbegebiet, aber als es dafür Fördermillionen zu ergattern gab, war auf einmal das Gegenteil neue Parole.

Deshalb: Ich würde mich freuen, wenn Bürgermeister und Mehrheitsfraktion ähnlich dem Landrat ab und an und je länger umso kraftvoller ihre Stimme dafür erheben würden, dass dieses Trauerspiel ein Ende findet und dass Kommunalpolitik wieder durch echte Entscheidungen in den Kommunen selbst stattfinden kann.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskollegen,

wir leben in interessanten Zeiten und Sie können sich bei dieser Feststellung gerne an den chinesischen Fluch erinnert fühlen: "Du mögest in interessanten Zeiten leben", wenn man dem Gegenüber alles mögliche Ungemach an den Hals wünscht.

Die Politik im Land der zweithöchsten Steuerlast in der EU agiert die Politik zunehmend mit der Haushaltsannuität entzogenen Sonderschulden, die aber verschleiern Sondervermögen genannt werden und hat generell Maß und Mitte verloren.

Mit den Sonderbedingungen für die Tilgung der Kosten der Covid-19-Maßnahmen haben auch die Kommunen in NRW ihr erstes "Sondervermögen", wir dürfen gespannt sein, welche noch dazukommen werden .

Hier, aber nicht nur hier, schlägt der Wandel politischer Usancen durch, die manche als Verlust politischer Redlichkeit bezeichnen und bewerten. Ein neuer Politikstil macht sich aus Berlin kommend breit, der als politische Aufgabe nicht mehr vor Augen hat, den Wohlstand der Bürger zu mehren, ihr Leben leichter zu machen und ihre Belastungen zu verringern, indem man die Steuern und Abgaben möglichst senkt, Verbraucherpreise niedrig hält, Stromkosten und Spritpreise stabilisiert und günstiges Wohnen ermöglicht.

Stattdessen wird unser Wohlstand verschleudert, um auf jeden anerkannten Asylbewerber 99 andere auf Jahre oder bis zum Sankt Nimmerleinstag ohne Berechtigung die Segnungen des deutschen Sozialstaats angedeihen zu lassen,

die Stadt Heinsberg sorgt allein für über 500 sogenannte Flüchtlinge aus der Ukraine und - wie ist nochmal der Euphemismus? - für "Schutzsuchende" aus allen Weltwinkeln auf Kosten der Bürger und ich denke, dass ich nur deshalb noch ruhig schlafen kann, weil ich nicht weiß, wieviele Millionen Euro hier - gelinde gesagt - seit Jahren verschwendet und zweckentfremdet werden.

Was sind statt "Wohlstand für die Bürger" heute die politisch relevanten Zielsetzungen?

Ich zähle auf:

Umbau und Verteuerung einer Stromversorgung hin zu Flatterstrom und Kostenexplosion,

Rettung des Weltklimas, das mehr und mehr ausschließlich in den Computer-Simulationen staatlich finanzierten Expertentums bedroht scheint,

Erfindung neuer Steuern und Abgaben,

Zweckentfremdung der Beiträge der sozialen Sicherung für ausländische Nichtversicherte,

Gefährdung des Gesundheitswesens und der Krankenhauslandschaft,

Aktive und passive Finanzierung von Kriegen in Europa

und, und, und,

und natürlich dreistellige Millionenbeträge für die Fahrradwege in Peru nicht zu vergessen.

Spötter meinen, das alles diene nur dazu, unsere Alternative groß zu machen.

Ich sehe es eher als Beweis, wie sehr Abgehobenheit, Ideologien und Problemferne ausschlaggebend sein können, dass ein Land in Schiefelage gerät.

Die Bürger werden zu Recht unruhig, wie man an den derzeitigen Demonstrationen der Bauern und von großen Teilen des Mittelstandes sieht, in der Parteienlandschaft grummelt es.

Wir haben diese neue Unruhe - den Beginn politischen Bebens - auch schon hier im Rat erlebt, als die Fraktion der Partei der Grünen auseinanderbrach.

Wir werden weitere Verwerfungen erleben, wenn das Bündnis Sahara Wagenknecht der SPD Konkurrenz machen wird und - für uns in Heinsberg voraussichtlich gravierender - wenn unserer Mehrheitsfraktion durch die Wertunion von Herrn Maaßen die Gretchenfrage gestellt wird:

Wie durchgrünt oder liberal/konservativ ist die CDU eigentlich vor Ort? Noch die Partei Helmut Kohls oder die von Hendrik Wüst?

Wir stehen in 2024 im zweitletzten Jahr unserer Wahlperiode mit der Europawahl und den Landtagswahlen in Ostdeutschland vor wichtigen Entscheidungen.

Wir können gespannt sein, ob unser Land und unsere Stadt am 31. Dezember des Jahres noch so sein wird, wie wir sie heute, am 31. Januar, wahrnehmen.

Bei all diesen drohenden Verwerfungen sollte zumindest die Politik vor Ort der Garant für das Bürgerwohl sein.

Dass wir unseren städtischen Haushalt nur durch massiven Griff in die Rücklagen ausgleichen können, verspricht aber für uns alle nichts Gutes. Im kommenden Wahljahr wird die Stadt bei der Grundsteuer zulangen müssen die Belastungen der Grundsteuer für die Bürger noch einmal steigern, obwohl sie schon durch die Neuveranlagung der Einheitswerte zum Teil sehr stark angestiegen sind.

Das alles ist nicht zum Nutzen der Bürger, nicht ausgehend von Berlin und nicht ausgehend von Düsseldorf.

Da unser städtischer Haushalt den Weichenstellungen in den genannten Hauptstädten gezwungenermaßen unterworfen bleibt, können und werden wir ihm nicht zustimmen.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren nur jeweils enthalten, wir tragen der schleichenden Verschlimmerung der Lage dieses Jahr dadurch Rechnung,

**dass wir dem Haushalt in diesem Jahr bewusst nicht zustimmen werden.**

Dabei gilt diese Ablehnung weniger dem Handeln von Bürgermeister und Verwaltung, sondern im Kern den aufgezwungenen Rahmenbedingungen von Landes- und Bundespolitik.

#####